ZWISCHenRuf

DAS MAGAZIN DES LANDTAGS VON SACHSEN-ANHALT

04 2023



BAUHAUS: **Stiftung 1990 per Gesetz beschlossen**UNTERWEGS: **Ausschüsse auf Auslandsreise**EHRUNG: **Reha-Sportvereine erhalten Auszeichnung**



LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT

LICHTER AUS! UND **TASCHENLAMPEN AN!**



bietet in der dunklen Jahreszeit für Familien mit Kindern ab 8 Jahren Taschenlampenführungen an.

Meldet euch schnell an, denn die Plätze sind begrenzt!

Beginn ist jeweils um 18 Uhr



Infos zur Anmeldung



BEKENNTNISSE ZU ISRAEL

Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff hielt zu Beginn der November-Sitzungsperiode des Landtags von Sachsen-Anhalt eine Regierungserklärung zur Verantwortung gegenüber Israel und Jüdinnen und Juden in Deutschland, anschließend kam es zur Aussprache.



BEWAHREN UND WEITERENTWICKELN

Mit dem Gesetz über die Errichtung der Stiftung Bauhaus
Dessau legte der Landtag 1993
erstmals eine rechtliche Grundlage für das Wirken des international hochgeschätzten
Bauhauses.



OSTERBURG – IN THE MIDDLE OF NÜSCHT

Führt es wirklich ins Nichts, dieses letzte Regionalfenster des Jahres 2023? Der so benannte alternative Reiseführer stellt eine der am dünnsten besiedelten Gegenden Deutschlands vor – die östliche Altmark, in deren Mitte die Einheitsgemeinde Osterburg liegt.

AUS DEM PLENUM

08 | Armutsfalle Pflegeheim

Laut einem Antrag der Linken sei es erforderlich, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um die steigenden finanziellen Belastungen von Bewohnerinnen und Bewohnern in der Pflege zu deckeln und ein menschenwürdiges Leben in Pflegeeinrichtungen zu gewährleisten.

09 | Smartphones im Unterricht?

In vielen Schulen Sachsen-Anhalts ist es eigentlich bereits Realität: Smartphones müssen im Unterricht ausgeschaltet werden. Die AfD-Fraktion setzte sich im November-Plenum mit einem Antrag für eine einheitliche Regelung ein.

10 | Täter auf dem Radar

Sollen persönliche Informationen von pädophilen Straftätern öffentlich auf den Polzeiwebsites einsehbar sein? Die AfD-Fraktion brachte einen entsprechenden Antrag ein. Die anderen Fraktionen lehnten diesen Vorschlag ab.

11 | Keine neue Lkw-Maut

Ein Hauptgrund für Straßenschäden sei der Lkw-Verkehr, befindet die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Speditionen sollten daher auch auf Landes- und kommunalen Straßen zur Kasse gebeten werden. Der Antrag zeitigte indes keinen Erfolg.

EINBLICK

12 | Unterwegs in Europa

Die Ausschüsse des Landtags auf Austausch bei unseren Nachbarn

IM BLICKPUNKT

17 | Rettungsdienstgesetz im Wandel

Vor 30 Jahren legte der Landtag mit dem ersten Rettungsdienstgesetz die Grundlagen für die Notfallrettung in Sachsen-Anhalt. Mit einer Experimentierklausel werden heute neue Wege der medizinischen Versorgung beschritten.

RÜCKBLICK

22 | Verdienste für Reha und Inklusion

Ein paar Jahre hat eine gute Tradition des Landtags pausieren müssen, nun hat Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger sie wieder zurückgeholt: die Ehrung von Sportvereinen unter dem Dach des Behinderten- und Rehabilitations-Sportverbands Sachsen-Anhalts.

IMPRESSUM

Herausgeber

Der Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt

Auflage und Erscheinen

10000 Exemplare, vierteljährlich

Redaktion/Bestelladresse

Landtag von Sachsen-Anhalt Referat Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, Besucherdienst und Protokoll Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg Fon: 0391 560-0

Fax: 0391 560-1123

www.landtag.sachsen-anhalt.de landtag@lt.sachsen-anhalt.de

Redaktion

Dorothee Bodewein (Ltg.), Stefanie Böhme, Beate Grau, Ulrich Grimm, Dr. Stefan Müller, Gudrun Oelze, Michael Rahmfeld, Wolfgang Schulz, Matthias Unfried

Fotos & Grafiken

Titelseite: Stefanie Böhme Seite 2: Stefanie Böhme

Seite 3: Stefanie Böhme (l.), Gudrun Oelze (M.),

Stiftung Bauhaus Dessau/Thomas

Meyer/OSTKREUZ

Seite 4: Dr. Stefan Müller

Stadt Dessau-Roßlau/Oliver Harloff (l.), Seite 6:

Stefanie Böhme

Bundesarchiv_Bild_146-1970-083-Seite 7:

44/H. Friedrich

Geber86 - stock.adobe.com Seite 8: insta_photos - stock.adobe.com Seite 9: Seite 10: MrPanya - stock-adobe.com Seite 11: Christian Schwier - stock.adobe.com Seite 12-13: Landtag von Sachsen-Anhalt Seite 14: Stiftung Bauhaus Dessau/Thomas

Meyer/OSTKREUZ Seite 15: Wolfgang Schulz Seite 16-19: Gudrun Oelze

Seite 20–21: Verlage Wallstein, DVA Dr. Stefan Müller Seite 22:

Seite 23: Knut Mueller

Seite 24: Konstiantyn - stock.adobe.com

Satz & Gestaltung

genese Werbeagentur GmbH www.genese-md.de

Harzdruckerei GmbH www.harzdruckerei.de

Redaktionsschluss

11. November 2023 . Dieses Magazin dient der Öffentlichkeitsarbeit des Landtags von Sachsen-Anhalt. Es wird kostenfrei verteilt. Jedwede Form der Nutzung während eines Wahlkampfes (zum Beispiel Wahlwerbung) ist untersagt.

Gesundheitstag in der Landtagsverwaltung



Unterwegs auf dem Smoothie-Bike. Pedale tretend konnte man sich seinen eigenen Drink mixen.

esundheit geht vor, das wird auch im Landtag von Sachsen-Anhalt so gesehen. Deswegen widmeten sich die Mitarbeitenden der Landtagsverwaltung Ende September 2023 einem Gesundheitstag - in Zusammenarbeit mit der BARMFR und der Betriebsärztin. Es war ein vielfältiges Programm

mit verschiedenen Angeboten zusammengestellt worden. Neben einer Rückenvermessung, einem Balance-Check, einem Stresstest und einem Mini-Check konnten sich alle Mitarbeitenden der Verwaltung auch für einen Lungenfunktionstest und eine Impfberatung anmelden. Außerdem hatten sie die Möglichkeit, an einem einstündigen Workshop zum Thema Entspannungstechniken teilzunehmen. Highlight des Gesundheitstags war wohl das "Smoothie-Bike", auf dem man sich einen leckeren Smoothie selbst mixen konnte – man musste nur erstmal ordentlich in die Pedale treten. Dr. Stefan Müller

"Coro Gospel de Cuba" zu Gast im Landtag

ateinamerikanisches Flair wehte Ende September 2023 in den Landtag von Sachsen-Anhalt - Grund: der Besuch vom "Coro Gospel de Cuba". Der Chor ist ein Gemeinschaftsprojekt verschiedener evangelischer Institutionen, das seit März 2018 unter dem Dach des kubanischen Kirchenrats intensiv vorbereitet wurde. Doch wie kommt ein Gospelchor in den Landtag von Sachsen-Anhalt?



Die Sängerinnen und Sänger vom Coro Gospel de Cuba zusammen mit Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger im Plenarsaal des Landtags von Sachsen-Anhalt.

Ganz einfach: Im März dieses Jahres hatte die kubanische Botschafterin in Deutschland, Juana Martínez González, den Landtagspräsidenten besucht. Bei diesem Treffen kamen sie auch auf das musikalische Highlight zu sprechen. Stets um kulturellen Austausch bemüht, lud der Landtagspräsident den Chor in den Landtag ein, um einen Eindruck vom Parlament zu bekommen. Der ließ sich nicht zweimal bitten und stattete dem Landtag am Nachmittag vor seinem Auftritt in Magdeburg einen Besuch ab – eine Führung durchs Haus und eine kleine musikalische Einlage inklusive. Dr. Stefan Müller

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

allmählich bewegen wir uns sicher auf das Ende des Jahres zu. Unvorbereitet kommt das nicht. Alle Jahre eben wieder. Die Tage werden durch die immer früher einsetzende Dunkelheit kürzer. Eine gewisse Hektik und Betriebsamkeit greift um sich. Wohinter kann, von dem, was sich für das Jahr vorgenommen wurde, ein Haken gesetzt werden? Was muss noch unbedingt umgesetzt werden? Was kann in das neue Jahr verschoben werden? Wovon sollte vielleicht sogar Abstand genommen werden?

Mit Blick auf das nahende Jahresende setzt noch eine ganz andere Betriebsamkeit ein. Die zunehmend wahrnehmbaren Lichter verscheuchen nicht nur die Dunkelheit, sondern weisen darauf hin, dass gerade am Ende des Jahres ein für viele Menschen besonderes Fest ansteht. Mit diesem Fest wird insbesondere der Gedanke von Frieden in der Welt verbunden.

Für die Menschen in der Ukraine und diejenigen, die in Deutschland und Sachsen-Anhalt Schutz gefunden haben, wird auch im zweiten Jahr des völkerrechtswidrigen Angriffs durch Russland die Sehnsucht nach Frieden ein Wunsch bleiben. Seit dem Angriff der als islamistisch eingestuften Terrororganisation Hamas auf Israel am 7. Oktober kommt im Nahen Osten eine weitere akute kriegerische Lage hinzu.

Wie schon beim Angriff Russlands auf die Ukraine hat der Landtag von Sachsen-Anhalt ein deutliches Zeichen der Solidarität mit dem Staat Israel und seiner Zivilbevölkerung gesetzt. Dazu erstrahlte nicht nur die Fassade des Landtags in den Nationalfarben Israels. Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger fand klare Worte, indem er namens des Landtags die terroristischen Gewalttaten auf das Schärfste verurteilte, den Terror sofort bedingungslos zu beenden und die Geiseln unverzüglich freizulassen forderte sowie das völkerrechtlich verbriefte Recht Israels, sich gegen den Terror zur Wehr zu setzen, unterstützte. Angesichts der Lage im Nahen Osten ein kleines Licht in der Dunkelheit: Die Eröffnung der neuen Kurt-Weill-Synagoge in Dessau, dem ersten Synagogenneubau in Sachsen-Anhalt seit dem Zweiten Weltkrieg.

Die Redaktion des ZwischenRufs wünscht Ihnen einen guten, vor allem den Menschen in der Ukraine und im Nahen Osten einen hoffentlich friedvollen Ausklang des Jahres.

Thre ZwischenRuf-Redaktion



Bekenntnisse zu Israel

Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff hielt zu Beginn der November-Sitzungsperiode des Landtags von Sachsen-Anhalt eine Regierungserklärung zur Verantwortung gegenüber Israel und Jüdinnen und Juden in Deutschland, anschließend kam es zur Aussprache.



Die neue Synagoge in Dessau-Roßlau wurde am 22. Oktober 2023 mit großem öffentlichem Interesse eingeweiht.



Als Zeichen der Solidarität mit Israel erstrahlte das Hauptportal des Landtagsgebäudes in den israelischen Nationalfarben.

erantwortung vor der Geschichte - Verantwortung für die Zukunft: Schutz und Anerkennung jüdischen Lebens, unter diesem Motto stand die Regierungserklärung und die sich daran anschließende Aussprache. Hintergrund waren die aktuellen Ereignisse in Israel und die Auswirkungen auf jüdische Bürgerinnen und Bürger sowie Institutionen in Sachsen-Anhalt und Deutschland. Mit dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 hatte es eine neue Stufe der Eskalation im Nahen Osten gegeben. Als Zeichen der Solidarität hatte der Landtag seine Fassade in den Farben Israels illuminiert. Zugleich standen Erklärung und Aussprache auch im Zeichen des 9. Novembers – dem Tag der Reichspogromnacht 1938 und auch des Mauerfalls im Jahr 1989 sowie der Einweihung der neuen Synagoge in Dessau-Roßlau.

"Der 9. November ist kein Tag wie jeder andere", sagte Ministerpräsident

Dr. Reiner Haseloff, sein historischer Gehalt bewege die Menschen in Deutschland auf besondere Weise. Tiefe Scham und große Schuld stünden unbeschreiblicher Freude gegenüber. Haseloff erinnerte an den 85. Jahrestag der Reichspogromnacht am 9. November 1938, sie sollte den Anfang vom Ende des europäischen Judentums darstellen. An jenem Tag sei auch die Synagoge in Dessau zerstört worden. Vor wenigen Wochen sei die neue Synagoge eröffnet worden dies sei ein starkes Symbol und mehr als nur ein Neuanfang, jüdisches Leben werde wieder sichtbar, so Haseloff. Am 10. Dezember 2023 soll die neue Synagoge in Magdeburg eröffnet werden.

Haseloff nannte die Shoa "ein Verbrechen wie kein anderes", es sei das schlimmste Verbrechen in der Menschheitsgeschichte gewesen. Es sei unverständlich, dass der Judenhass – aus allen gesellschaftlichen Schichten – auch trotz jahrzehntelanger Aufklärung weiter

tradiert werde, öffentlich, vor allem aber im Internet. "Wir stehen unverbrüchlich an der Seite Israels, die Hamas müsse zur Rechenschaft gezogen werden", betonte der Ministerpräsident im Hinblick auf die anhaltenden terroristischen Übergriffe der Hamas auf Israel.

Die Ereignisse des 9. November 1938 sei Terror gewesen, der nicht noch einmal zugelassen werden dürfe, sagte Oliver Kirchner (AfD). In den letzten Jahren sei insbesondere der "importierte islamische" Antisemitismus auf deutschen Straßen vom CDU-geführten Innenministerium ignoriert worden. In Deutschland lebten derzeit so viele Ausländer wie nie. Er befürchte den "Volkstod der Deutschen durch Zuwanderung". Vor dem Hintergrund des Mauerfalls hätte der 9. November sich durchaus als nationaler Feiertag, als Tag der Deutschen, geeignet. Man hätte Vergangenes vergehen lassen und Frieden machen können und müssen. Die Deutschen hätten allen

Grund und jedes Recht, auf Großeltern und Eltern stolz zu sein, die dieses Land aufgebaut hätten.

Dr. Katja Pähle (SPD) betonte anfangs ihrer Rede, auf das Gesagte des AfD-Abgeordneten Kirchner nicht eingehen zu wollen, weil dessen Aussagen der Würde des Gedenktags nicht gerecht würden. "Der hinterhältige Angriff der Hamas auf die israelische Zivilbevölkerung, das war Terror in der Urbedeutung des Wortes", konstatierte Pähle. Der terroristische Überfall in Halle (Saale) im Oktober 2019 habe gezeigt, dass Antisemitismus und lupenreiner Terrorismus auch in unserer Mitte wüchsen und nicht allein ein Problem durch Zuwanderer sei. Die neuen Synagogen in Dessau und Magdeburg seien ein Zeichen dafür, dass aktives jüdisches Leben in Deutschland zeige, dass Hitler nicht gewonnen habe. Jüdische Kultur und Religion seien Teil der deutschen Kultur und Religion - "nicht nur historisch, sondern auch in Zukunft; dafür wollen wir einstehen", stellte Pähle klar.

Die Verbreitung von Gewalt und Schrecken sei ein Teil der Kriegsführung der Hamas, rekapitulierte Eva von Angern (DIE LINKE). Der Frieden könne nicht gelingen, wenn die Hamas die Vernichtung Israels fordere, aber auch nicht, wenn ein israelischer Minister mit der Atombombe drohe. 85 Jahre nach den Novemberpogromen müssten Menschen in Deutschland wieder fürchten, in der Öffentlichkeit als Jüdinnen und Juden erkannt zu werden, monierte die Linken-Abgeordnete. Dies sei nicht die Zeit, sich abzuwenden, sondern genauer hinzusehen, auch sicherheitspolitisch. Die Versammlungsfreiheit ende dort, wo zu Gewalt aufgerufen werde. Die Verteidigung des Grundgesetzes beginne allerdings mit der Umsetzung des Grundgesetzes, die gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten müssten abgebaut werden.

Über viele Jahrhunderte sei die jüdische Gemeinde Teil der Halberstädter Gesellschaft gewesen – bis zu eben jener Nacht im November, erinnerte Andreas Silbersack (FDP). "Die Geschehnisse sind Teil unserer Geschichte, Teil unserer Verantwortung. Wir sind mit der Shoa genauso verbunden wie mit Goethe und Schiller", konstatierte Silbersack. Die Jüdinnen und Juden seien durch die Drohungen der islamischen Nachbarstaaten wie dem Irak und dem Irak ständiger Anfeindung und Angst ausgesetzt - und das seit der Staatsgründung Israels 1948. Die Hamas benutze ihre eigene Bevölkerung als Faustpfand für ihren Krieg, einen Frieden für Israel könne es nur mit der Zerschlagung der Hamas geben. Auf islamistischen Hass und Hetze auf deutschen Straßen müsse der deutsche Rechtsstaat reagieren.

"Nie wieder ist jetzt", sagte Cornelia Lüddemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), den Sonntagsreden müssten Taten folgen. Für den Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 gebe es keine Rechtfertigung oder Erklärung. Die Unterstützung Israels sei in Deutschland Staatsräson, nehme also die oberste wertmäßige Priorität ein. Es sei schlichtweg unerträglich, wenn sich Jüdinnen und Juden in Deutschland nicht mehr trauten, öffentlich jüdische Symbole zu tragen, wenn KZ-Gedenkstätten geschändet und Hakenkreuze an Gebäude und auf Grabsteine geschmiert würden. Der beste Schutz vor Hass sei Prävention, man brauche mehr organisierte politische Bildung und Begegnungen, mehr Besuche von Gedenkstätten, mehr Schulen – mehr Schülerinnen und Schüler mit Courage.

Antisemitismus sei mit den Werten unserer Gesellschaft nicht zu vereinbaren, sagte Guido Heuer (CDU). Wer Antisemitismus verbreite, müsse mit der vollen Härte des Gesetzes verfolgt werden. Er erinnerte zudem an den Mauerfall 1989 und dessen positive Folgen für das Land. Rechtsstaatlichkeit und Demokratie seien heute die Basis für das politische Handeln in Deutschland. Es dürfe nicht sein, dass extremistische Kräfte die Demokratie und Antisemitismus die Jüdinnen und Juden in Deutschland gefährdeten. Tobias Krull (CDU) erinnerte an die Ausgrenzung und Ermordung der Jüdinnen und Juden in Europa während des Nationalsozialismus. Er sprach sich für eine Erinnerungskultur aus, die die Opfer der Shoa auch im Alltag und nicht nur an Gedenktagen lebendig erhalte. Krull warnte vor der Verharmlosung des Holocausts und der Tradierung antisemitischer Stereotype. "Wir müssen zeigen, dass Judentum in Deutschland Vergangenheit, Gegenwart und vor allem Zukunft hat."

Im Anschluss an die Regierungserklärung und der dazugehörigen Aussprache wurden keine Beschlüsse zur Sache gefasst.

Dr. Stefan Müller



Ein in der Reichspogromnacht im November 1938 zerstörtes jüdisches Geschäft in Magdeburg.

Armutsfalle Pflegeheim

Laut einem Antrag der Linken sei es erforderlich, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um die steigenden finanziellen Belastungen von Bewohnerinnen und Bewohnern in der Pflege zu deckeln und ein menschenwürdiges Leben in Pflegeeinrichtungen zu gewährleisten.

ie stationäre Unterbringung in der Pflege sei mit 2 150 Euro pro Monat zu einem Luxus geworden, erklärte Nicole Anger (DIE LINKE). Viele würden sich erst gar nicht um einen Pflegeplatz bewerben, weil sie die Kosten scheuten. Die Investitionskosten der Einrichtungen müssten vom Land übernommen und nicht auf die pflegebedürftigen Menschen umgelegt werden. Zudem sprach sie sich für die Schaffung eines Landespflegegelds als Zuschuss zum Eigenanteil und für die Einführung einer Pflegevollversicherung aus.

"Die Kosten in der Pflege sind durch verschiedene Ursachen erheblich gestiegen", räumte Sozialministerin Petra Grimm-Benne (SPD) ein. Sie sprach sich dafür aus (auch gegenüber dem Bund), die Ausbildungsumlage aus dem Eigenanteil herauszulösen, äußerte aber Bedenken bei der Einführung eines Landespflegegelds. Sie warb dafür, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Eigenanteil gesenkt und eine umfassende Pflegeversicherung angestrebt werde.

Die gesetzliche Pflegeversicherung erfülle nicht ihren Zweck, dieser Umstand könne aber nicht allein von den Betroffenen kompensiert werden, sagte Dr. Anja Schneider (CDU). Eine Pflegevollversicherung, wie sie teilweise gefordert werde, sei derzeit aber nicht finanzierbar. Sie stieß einen gesellschaftlichen Diskurs an: "Was wollen wir als Gesellschaft im Alter? Wenn wir das definiert haben, dann müssen wir klären, was wir zu zahlen bereit sind."

Absolut ungerecht sei es, dass Menschen, die sich gewissenhaft auf diese Zeit vorbereitet hätten, umfänglich zur



Der Lebensabend sollte von allen Menschen in Würde und Geschütztheit verbracht werden können. Viele sorgen sich zu Recht, dass das Geld für eine angemessene Betreuung nicht ausreicht.

Kasse gebeten würden, sagte Ulrich Siegmund (AfD). "Das ist ein Schlag ins Gesicht aller fleißigen Menschen im Land." Man müsse davon wegkommen, die Leistungsträger noch weiter zu belasten, so wie es die Linken vorhätten.

Das Generationenprinzip sei aufgrund der aktuellen Altersstruktur im Land nicht tragbar, konstatierte Konstantin Pott (FDP). Er warb für die private Vorsorge, diese sei eine wichtige Säule für die Zukunft. Die Nachfrage sei groß, die Angebote dagegen geringer – dies treibe die Kosten ebenso in die Höhe wie die nötig gewesenen Tariferhöhungen.

Es sei natürlich ungerecht, dass vornehmlich die in Pflegeheimen Untergebrachten die steigenden Kosten in der Pflege schultern sollen, monierte Susan Sziborra-Seidlitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Die Forderung nach einer Pflegevollversicherung und einer Bürgerversicherung sei nötig und klare grüne Position. Die derzeit geltende Pflegeversicherung werde aufgrund der

demographischen Situation nicht ohne einen Steuerzuschuss auskommen.

"Die Debatte um die Eigenanteile darf aber nicht auf dem Rücken der Pflegekräfte geführt werden", betonte Dr. Heide Richter-Airijoki. Deren tarifliche Besserstellung sei absolut gerechtfertigt. Sie unterstütze zwar die Idee einer Pflegevollversicherung, halte deren Umsetzbarkeit allerdings für gering. Sie warb zudem für präventive Maßnahmen, um die Selbstständigkeit und Lebensfreude zu erhalten und vermeidbarer Pflegebedürftigkeit vorzubeugen.

Die Koalitionsfraktionen hatten einen Alternativantrag eingebracht, durch den die Landesregierung auf Bundesebene darauf hinwirken soll, dass die Steigerung der Eigenanteile in stationären Pflegeinrichtungen möglichst geringgehalten bzw. vermieden wird. Im Anschluss an die Debatte wurde der Antrag der Linken abgelehnt, besagter Alternativantrag wurde angenommen.

Dr. Stefan Müller

Smartphones im Unterricht?

In vielen Schulen Sachsen-Anhalts ist es eigentlich bereits Realität: Smartphones müssen im Unterricht ausgeschaltet werden. Die AfD-Fraktion setzte sich im November-Plenum mit einem Antrag für eine einheitliche Regelung ein.

martphones und andere mobile Endgeräte stellten bei unterrichtsferner Nutzung durch deren vielfältige Ablenkungsimpulse einen Störfaktor im Unterricht dar, befand die AfD-Fraktion. Ein privates Nutzungsverbot während des Schultags hätte demnach positive Effekte auf die Leistungsfähigkeit der Schüler. Mittels Verordnung sollte daher unter anderem festgelegt werden, dass in den öffentlichen Schulen des Landes Smartphones und andere mobile Endgeräte im Unterricht in den Flugmodus geschaltet oder komplett ausgeschaltet werden müssen. Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD) betonte, Kinder- und Jugendliche müssten so erzogen werden, dass sie die Digitalisierung verstünden, anstatt von ihr beherrscht zu werden. Sonst gebe es bald "eine Generation, die ohne Smartphone nicht mehr leben kann, aber nicht in der Lage ist, ein solches herzustellen." Deutschland brauche "digitale Fachkräfte und keine Digitaljunkies". Der vorliegende Antrag sei ein konkreter Vorschlag, um dieses Ziel zu erreichen. Zahlreiche Studien würden belegen, dass eine intensive Smartphone-Nutzung der geistigen Entwicklung nicht förderlich sei.

Der AfD-Abgeordnete habe mit seinem Redebeitrag viele Eulen nach Athen getragen, erklärte Kulturminister Rainer Robra (CDU) in Vertretung für Bildungsministerin Eva Feußner. Für ihn

> Auch jüngere Kinder verfügen heutzutage schon über ein Smartphone. In der Freizeit ist es ein willkommener Begleiter, im Unterricht kann es aber zur Ablenkung führen.

sei es selbstverständlich, dass solche Fragen den jeweiligen Schulordnungen überlassen würden. Außerdem dürfe man die medienpädagogischen Aspekte des Themas nicht vergessen. Jörg Bernstein (FDP) bestätigte, die Mehrzahl der Schulen in Sachsen-Anhalt hätte bereits in ihrer Haus- und Schulordnung festgelegt, dass die Smartphones in der Schule ausgeschaltet sein müssen. Daher brauche es kein allgemeines Verbot, wie von der AfD-Fraktion vorgeschlagen. Selbst wenn es ein zentrales Verbot gäbe, müssten es am Ende – genau wie jetzt auch - die Lehrerinnen und Lehrer vor Ort durchsetzen. Daher könne es auch in deren Verantwortung bleiben, wie mit der Frage der Smartphones umgegangen werde. Die von der AfD-Fraktion dargestellten Gefahren könne er tatsächlich teilen, hier müsse man besonders im außerschulischen Bereich ansetzen.

"Der Antrag ist unnötig und Blödsinn", monierte Susan Sziborra-Seidlitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), denn Schüler und Lehrer hätten längst eigene Wege gefunden, wie sie mit der Nutzung von Smartphones im Unterricht umgingen. Die AfD-Fraktion wolle den Bürgerinnen und Bürgern einmal mehr vorschreiben, wie sie zu leben hätten. Aus Sicht der Grünen-Abgeordneten böten Smartphones im Unterricht auch viele Chancen, zum Beispiel beim digitalen Lernen oder um dem Lehrkräftemangel kurzfristig zu begegnen.

Abschließend trat Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD) noch einmal ans Rednerpult und sagte, der Umgang mit Smartphones sei so entscheidend, dass es eine landesweite Regelung brauche. Er konterte einen Vorwurf der Grünen: "Wir (die AfD) sind nicht rückständig und verstaubt. Wir sind auf der Höhe der Zeit. Wir sind die Kraft von morgen", dies belege nicht zuletzt die Tatsache, dass seine Fraktion in den Sozialen Medien die Nase vorn habe.

Die Fraktionen von CDU, SPD und DIE LINKE verzichteten auf ihr Rederecht. Am Ende der Debatte wurde der Antrag der AfD-Fraktion abgelehnt.

Stefanie Böhme



Täter auf dem Radar

Sollen persönliche Informationen von pädophilen Straftätern öffentlich auf den Polzeiwebsites einsehbar sein? Die AfD-Fraktion brachte einen entsprechenden Antrag ein. Die anderen Fraktionen lehnten diesen Vorschlag ab.

ädophile würden sich tagtäglich Zugang zu Kindern verschaffen, meist mit der Masche als "netter Onkel von nebenan", erklärte Matthias Büttner (AfD, Staßfurt). In seiner Heimatstadt hätte er leider selbst als Junge Bekanntschaft mit einem Pädophilen machen müssen, den er kürzlich als Erwachsenen an einem See im Kinderbereich wiedergesehen habe. Ziel des Antrags seiner Fraktion sei es, zu verhindern, dass sich Pädophile an Kindern vergreifen würden. In den USA gebe es bereits Internetseiten, auf denen man schauen könne, ob ein verurteilter Pädophiler in der Gegend wohnt. "Dagegen bleibe Deutschland leider ein Paradies für Pädophile", meinte Büttner. Seiner Ansicht nach müssten die Rechte der Eltern und Kinder höher eingestuft werden als die von verurteilten Pädophilen, deswegen warb er um Unterstützung für den AfD-Antrag.

Innenministerin Dr. Tamara Zieschang (CDU) sprach in Vertretung für Justizministerin Franziska Weidinger. Es sei richtig, dass es in der Gesellschaft teilweise Empörung darüber gebe, wenn ein verurteilter Straftäter nach Verbüßung seiner Strafe rückfällig werde. Der Antrag der AfD-Fraktion sorge jedoch für Bedenken. Die Veröffentlichung der Daten sei verfassungsmäßig nicht erlaubt, zudem würden die Wiedereingliederungschancen verschlechtert. Eine Stigmatisierung und Ausgrenzung aus der Gesellschaft könnten schwere Schäden bei den Verurteilten hervorrufen. Daher lehne die Justizministerin den vorliegenden Antrag ab, fasste die Innenministerin zusammen.

Sebastian Striegel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) meinte, tatsächlich gehe es der AfD-Fraktion darum, an die Haft eine zweite Bestrafung anzufügen, einen Mob aufzuhetzen und dem Rachegedanken Raum zu geben. Denn wenn es wirklich darum ginge, Kinder vor Angriffen zu schützen, dann sei ein anderer Weg nötig, so der Grünen-Abgeordnete. "Wer Kinder schützen will, der muss sie stark und im Umgang mit dem eigenen Körper sicher machen." Zudem sei es wichtig, sie mit den Gefahren im Internet vertraut zu machen und Schutzstrategien zu erläutern. Anders als die AfD-Fraktion hält er Aufklärung bereits im frühen Kindesalter für sehr wichtig, damit Kinder wüssten, wie sie Grenzen setzen könnten. Für pädophile Männer brauche es Angebote, wie sie nicht zu Tätern würden und keine Online-Plattform zur Überwachung. "Jeder potenzielle Täter, der sich helfen lässt, ist ein Gewinn für die Sicherheit von Kindern im Land."

Die Fraktionen von CDU, SPD, DIE LINKE und FDP verzichteten auf ihren Redebeitrag. Dies mache deutlich, dass ihnen am Kinderschutz überhaupt nichts liege, so Matthias Büttner (AfD). Man könne sich ja inhaltlich über den Antrag streiten, aber einfach nicht zu sprechen und keinerlei Verbesserungsvorschläge zu machen, spreche für sich. Es gebe offenbar kein Interesse daran, Pädophilen das Handwerk zu legen, kritisierte der AfD-Abgeordnete.

Am Ende der Debatte wurde der Antrag der AfD-Fraktion abgelehnt.

Stefanie Böhme



Sollen persönliche Informationen von pädophilen Straftätern öffentlich auf den Polzeiwebsites einsehbar sein? Die AfD verlangte: ja.

Keine neue Lkw-Maut

Ein Hauptgrund für Straßenschäden sei der Lkw-Verkehr, befindet die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Speditionen sollten daher auch auf Landes- und kommunalen Straßen zur Kasse gebeten werden. Der Antrag zeitigte indes keinen Erfolg.



Mautkontrollsäule an einer deutschen Bundesstraße.

er Antrag sollte die Landesregierung einen Gesetzesentwurf zur Einführung einer Lkw-Maut auch auf den obengenannten Straßentypen erstellen. Die erzielten Einnahmen sollten der Instandhaltung und Sanierung der Landes- und kommunalen Straßen dienen. Allein es fehlte die Zustimmung im Parlament. Die Umsetzung der Antragsziele seien wichtig, richtig und notwendig, konstatierte Cornelia Lüddemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Der Bundesgesetzgeber habe die Möglichkeit der Lkw-Maut auf Landes- und kommunalen Straßen den Ländern eigenverantwortlich überlassen. Durch ein eigenes Landesgesetz könnte dieses Vorhaben umgesetzt werden, eine bundesweite Regelung wäre noch wünschenswerter. Ihre Fraktion wolle einen faireren Logistikmarkt erreichen und für fahrbereite und topsanierte Straßen sorgen.

Die Logistik-Unternehmen im Land würden bereits durch genügend Abgaben belastet, darunter die Kfz-Steuer, Mautgebühren und die Steuern an der Zapfsäule, meinte Verkehrsministerin Dr. Lydia Hüskens (FDP). Ein neues weiteres Einnahmeverfahren halte sie für falsch.

Der Antrag der Grünen zeige deren "absolute Realitätsverweigerung", sagte Detlef Gürth (CDU). Man komme schon ins Staunen, wenn man bedenke, wie viele Straßenbauprojekte die Grünen in der Vergangenheit blockiert hätten. Es sei unglaubwürdig, dass nun Geld für den Straßenbau angesammelt werden solle. Es sei eine falsche Annahme, dass Last- und Schwerlastverkehre die Landes- und kommunalen Straßen übermäßig abnutzten.

Matthias Büttner (AfD, Staßfurt) bezeichnete die Grünen als "Feind der Bürger", weil die von ihnen angestrebte zusätzliche Maut für Teuerungen sorgen würde. "Der Transport soll noch mehr auf die Schiene verlegt werden, doch wie sollen es die kleinen Logistikunternehmen händeln?", fragte Büttner. Natürlich bestehe Sanierungsbedarf, um diesen zu finanzieren, müsste endlich weniger Geld in EU und Entwicklungshilfe transferiert werden.

Es sei gut, dass es die Lkw-Maut auf Autobahnen gebe, da genügend Logistik-Unternehmen die deutschen Autobahnen nur als Transitstrecke von A nach B nutzten, erklärte Dr. Falko Grube (SPD). Wenn man allerdings nach dem Verursacherprinzip gehen wollte, dann müssten auch die Pkw-Fahrer zur Kasse gebeten werden, "und das lehnen wir ab". Man könne keine neue Maut erheben, wenn man keine Alternative (Schiene) bieten könne.

Der Sanierungsbedarf auf den Landesund kommunalen Straßen sei seit langer Zeit bekannt, rekapitulierte Guido Henke (DIE LINKE). Seit vielen Jahren dränge seine Fraktion auf den Ausbau des Schienenverkehrs. Das Landes- und Kommunalstraßennetz sei sehr umfangreich – "Wer soll denn die Maut-Abrechnung machen?" Die belasteten Kommunen könnten dies nicht leisten.

Die Grünen erweckten den Eindruck, der Lkw-Verkehr sei der Hauptgrund für Straßenschäden in unserem Land, sagte Maximilian Gludau (FDP). Die Logistik-Unternehmen würden diskreditiert. Für den ländlichen Raum, aus dem Sachsen-Anhalt zum größten Teil bestehe, sei der Lieferverkehr auf der Straße unabdingbar. Die Logistik-Unternehmen leisteten einen bedeutenden Beitrag für die Verkehrsinfrastruktur.

Im Anschluss an die Debatte wurde der Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt. Dr. Stefan Müller





stand

und Grundschüler.

Agenda

Lehrenden nach Dublin. Ebenfalls auf der

die

Ganztagsbetreuung für Grundschülerinnen

Gestaltung

Ermai

gs in Europa

schüsse des Landtags auf sch bei unseren Nachbarn



Der Ausschuss für Inneres und Sport reiste m September nach Griechenland – in die Hauptstadt Athen sowie in die Region Attika. Den Schwerpunkt der Reise bildeten Themen wie der Umgang mit der in Griechenland teils ausgeprägten gewaltbereiten Fan-Szene (taktische Einsatzkonzepte bei Großveranstaltungen) sowie Migration (Flüchtlingslager Malakasa, UNHCR).



Kulturelle Themen sowie die Festigung der partnerschaftlichen Verbindungen zwischen Sachsen-Anhalt und Armenien standen im Mittelpunkt der Reise des Ausschusses für Bundesund Europaangelegenheiten, Medien sowie Kultur. Eine Delegation reiste im September 2023 in das Land im Südkaukasus. Während der Reise gab

es unter anderen ein Gespräch mit dem Präsidenten der Republik Armenien Wahagn Chatschaturjan sowie ein Treffen mit dem Botschafter Deutschlands in Armenien, S.E. Viktor Richter.







Bewahren und weiterentwickeln

Mit dem Gesetz über die Errichtung der Stiftung Bauhaus Dessau legte der Landtag 1993 erstmals eine rechtliche Grundlage für das Wirken des international hochgeschätzten Bauhauses.

ie Ideen und Leistungen des Bauhauses, 1919 in Weimar von Walter Gropius als Hochschule gegründet, zählen international zu den bedeutendsten deutschen Kulturbeiträgen des 20. Jahrhunderts. Als das Bauhaus aus politischen Gründen im Jahr 1924 Weimar verlassen musste, hatten sich auch andere Städte wie Frankfurt/Main, Darmstadt und Magdeburg um das Bauhaus als Hochschule für Gestaltung beworben. Dessau ging damals als Siegerin hervor. Hier erlebte es zwischen den Jahren 1925 bis 1932 die Hochphase der Bauhaus-Architektur. Darum befinden sich bedeutende Bauhausbauten in Dessau, darunter das Bauhausgebäude selbst, die Meisterhäuser und die Siedlung Dessau-Törten.

Die Bauhausarchitektur konnte sich über die Zeit des Nationalsozialismus sowie die DDR-Zeit trotz teilweiser Zerstörungen erhalten. Nach der Wiedervereinigung ging das Land Sachsen-Anhalt daran, diese Institution von in-

ternationalem Rang mittels rechtlicher Grundlage in ihrer Existenz zu sichern und die künstlerisch-kreative Arbeit der Mitarbeiter zu fördern.

In großer Übereinstimmung kamen die Abgeordneten zu dem Schluss, dass die Form einer Stiftung das geeignete Dach sei, unter dem sich vorhandenes und neues kreatives Denken entwickeln könne. Am 16. Dezember 1993 beschloss der Landtag dann das Gesetz über die Errichtung der Stiftung Bauhaus Dessau ohne Gegenstimme. Damit wurde erstmals im Land eine Stiftung per Gesetz gegründet. Sie ist eine gemeinnützige Stiftung des öffentlichen Rechts

Seit 1994 ist das von Gropius entworfene Gebäude in Dessau Sitz der Stiftung, die "das Erbe des historischen Bauhauses zu bewahren und der Öffentlichkeit zu vermitteln" und "angesichts dieses Erbes Beiträge zur Gestaltung der heutigen Lebensumwelt zu leisten" verpflichtet ist, wie es in den "Leitgedanken der Stiftung" heißt. Die Stiftung erforscht, erhält und vermittelt bis heute das Bauhauserbe in Form der Bauten, der Sammlung und der Vielfalt der Themen zu Architektur, Design und Kunst. Sie hat einen künstlerisch-wissenschaftlichen Auftrag, ihre institutionellen Förderer sind die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, das Land Sachsen-Anhalt sowie die Stadt Dessau-Roßlau.

Zwischen 1996 und 2006 wurde das Bauhaus Dessau für 17 Millionen Euro nach den Plänen der 1920er Jahre und Befunden instand gesetzt und restauriert. Nachdem die letzten Instandsetzungsarbeiten 2009 abgeschlossen wurden, kann das Gebäude wieder annähernd so besichtigt werden, wie es ursprünglich geplant und gebaut wurde. Im Jahre 1996 wurde das Gebäude in der Liste des Weltkulturerbes der UNESCO eingetragen und 2001 in das Blaubuch der Bundesregierung, einer Liste von bedeutsamen Kultureinrichtungen in Ostdeutschland, aufgenommen.

Die Stiftung Bauhaus Dessau gibt jedes Jahr eine Vielzahl an Publikationen zum Thema Bauhaus heraus. Neben der Reihe "Edition Bauhaus", die sich informativ und umfangreich den unterschiedlichen Facetten des Bauhauses annimmt, gibt es die in Kooperation mit dem Verlag Spector Books veröffentlichte Taschenbuchreihe und die Zeitschrift Bauhaus, die einmal jährlich erscheint. Für eine mediale Erkundungstour durch die Bauhausstadt Dessau steht die kostenfreie App "Bauhaus Dessau" zur Verfügung



Rettungsdienstgesetz im Wandel

Vor 30 Jahren legte der Landtag mit dem ersten Rettungsdienstgesetz die Grundlagen für die Notfallrettung in Sachsen-Anhalt. Mit einer Experimentierklausel werden heute neue Wege der medizinischen Versorgung beschritten.

u der Vielzahl gesetzgeberischer Aufgaben gehörte in der ersten Legislaturperiode des Landtags von Sachsen-Anhalt die Verabschiedung der gesetzlichen Grundlage für die Notfallrettung. Am 7. Oktober 1993 beschlossen die Abgeordneten nach einjähriger Diskussion in Ausschüssen und Anhörungen ohne Gegenstimme das erste Rettungsdienstgesetz. Im Vordergrund des Gesetzes stand der in Not geratene Mensch, der schneller medizinischer Hilfe bedarf. Diesem Grundsatz ist der Landtag bei den folgenden Novellierungen 2006 und einer vollständigen Neufassung des Rettungsdienstgesetzes am 18. Dezember 2012 treu geblieben.



Der Magdeburger Leitstellenchef Guido Strohmeyer am Überwachungsdesk. Die integrierte Leitstelle ist die erste Kontaktstelle in der Landeshauptstadt Magdeburg bei der Gefahrenabwehr für Rettungsdienst, Feuerwehr und Katastrophenschutz. Täglich werden durchschnittlich 200 Einsätze bearbeitet.

Der Rettungsdienst - also Berufsfeuerwehr, Arbeiter-Samariter-Bund, Johanniter-Unfallhilfe und Malteser-Hilfsdienst sowie die DRF-Luftrettung - leistet einen wichtigen Beitrag in der Gesundheitsvorsorge sowie der Gefahrenabwehr und wirkt beim Katastrophenschutz mit. Träger des Rettungsdienstes sind die Landkreise. Mit dem seit 2013 geltenden Rettungsdienstgesetz hat sich der Landtag von Sachsen-Anhalt als wesentliche Neuerung für die Übertragung von Rettungsdienstleistungen nach dem Konzessionsmodell entschieden. Im Gegensatz zum Submissionsmodell von 1993 werden heute von den Landkreisen die Leistungserbringer, wie Feuerwehr und Hilfsorganisationen, per Vertrag mit der Durchführung des Rettungsdienstes beauftragt. Die Vergütung der Leistungen erfolgt nun nicht mehr durch den Landkreis, sondern wird direkt zwischen Leistungserbringern und Krankenkassen vereinbart.

Als koordinierende Einsatzzentralen gibt es im Land dreizehn Rettungsdienstleitstellen. Laut Rettungsdienstgesetz bekommt die überwiegende Zahl der Notfallpatienten innerhalb von zwölf Minuten ab Notrufeingang die notwendige Hilfe mittels Rettungswagens. Die Notarztstandorte sind so gelegen, dass in 95 Prozent aller Notfälle der Notarzt innerhalb von 20 Minuten an der Notfalladresse sein kann.

Zur weiteren Verbesserung des Rettungsdienstes hat der Landtag Ende 2021 beschlossen, im Rettungsdienstgesetz eine sogenannte Experimentierklausel zu verankern. Die Klausel erlaubt zeitlich befristete Ausnahmeregelungen, um neue Konzepte rechtssicher zu erproben. Dazu gehören zum Beispiel IT-Systeme, mit denen die Vitaldaten von Verletzten (Herz- und Atemfrequenz, Temperatur, Blutdruck) an das Krankenhaus übermittelt werden können, das für die weitere Versorgung vom Rettungs-

wagen angesteuert wird. In der Klinik können so die anstehende Behandlung besser vorbereitet und die medizinische Versorgung des Patienten beschleunigt werden. Gegenwärtig laufen die Vorbereitungen, um ein solches IT-System für Vitaldaten flächendeckend einzuführen. Geplant ist, dass alle Rettungswagen und Rettungshubschrauber entsprechend ausgerüstet werden.

Der Landkreis Wittenberg und der Burgenlandkreis erproben seit Juli 2023 auf der Grundlage der Experimentierklausel für zwei Jahre die Einführung des sogenannten Gemeindenotfallsanitäters. Der Sanitäter soll bei Notfällen zum Einsatz kommen, bei denen Patienten einer dringenden medizinischen Versorgung bedürfen, aber ein Transport ins Krankenhaus nicht zwingend notwendig erscheint. So kann Rettungsdiensten und Notärzten der Rücken für lebensrettende Einsätze freigehalten werden.

Wolfgang Schulz





oben: Osterburgs Bürgermeister Nico Schulz.

links: Im Zentrum der Hansestadt: die Einkaufsstraße Breite Straße.

Osterburg – In the Middle of Nüscht

Führt es wirklich ins Nichts, dieses letzte Regionalfenster des Jahres 2023? Der so benannte alternative Reiseführer stellt eine der am dünnsten besiedelten Gegenden Deutschlands vor – die östliche Altmark, in deren Mitte die Einheitsgemeinde Osterburg liegt.

ie zusammen nicht einmal 10 000 Einwohner der Hansestadt Osterburg und ihrer 30 Ortsteile haben auf knapp 230 km² wahrlich viel Platz. Und tatsächlich sieht man auf dem platten Land dort vielerorts "nüscht" – so weit das Auge reicht, bis auf am Horizont klein wirkende Wälder oder etliche Windräder.

Nüscht los in der Einheitsgemeinde? Bürgermeister Nico Schulz widerspricht vehement. Osterburg sei eine liebenswerte Kleinstadt im ländlichen Raum und genau richtig für jene, die dem Halligalli-Trubel der Ballungszentren entfliehen wollen, meint er. Neben ländlicher Idylle in einer wenig zersiedelten Landschaft biete die Einheitsgemeinde viel für ein angenehmes und entspanntes Leben, aber auch für Arbeiten und Wohnen: immerhin zwanzig Ärzte, Heilpraktiker und Physiotherapeuten gebe es für nur knapp 10 000 Einwohner, sechs Super- und vier Baumärkte, eine Einkaufsstraße mit vielen inhabergeführten Läden, vier Tankstellen, zwei Industrie- bzw. Gewerbegebiete sowie einige überregionale Behörden, zählt er auf. Gewiss, nach der Wende war die wirtschaftliche Lage in und um Osterburg schwierig, doch inzwischen habe sich die Stadt im Landkreis Stendal zu einem nicht unbedeutenden Behörden- und Schul-sowie Unternehmensstandort mit stabiler einheimischer Wirtschaft entwickelt. Daher auch solle Osterburg im neuen Landesentwicklungsplan raumordnerisch vom Grund- zum Mittelzentrum höhergestuft werden, berichtet der Bürgermeister stolz und verweist auf ein positives Wanderungssaldo seit 2018.

Dem spürbaren Zuzug bietet die Region günstiges Bauland und genügend Arbeitsplätze. Für den Nachwuchs junger Familien gibt es in der Einheitsgemeinde sieben Kitas, Schulen für jedes Alter und jeden Abschluss und im nahen Stendal eine Hochschule. Um die Betreuungsplätze in Kindereinrichtungen der Stadt und auf dem Land besser auszulasten, pendelt zwischen Osterburg und zwei

benachbarten Dörfern ein "Kita-Bus" – einst ein Pilot-, längst aber schon ein Erfolgsprojekt, das die Kommune nach Auslaufen der Förderung nun selbst finanziert. Viel Geld widmete der Stadtrat auch der Ernährung der Jüngsten – für den Neubau einer Schulküche in Flessau, die nicht nur die Kinder der dortigen Grundschule mit frisch gekochtem und gesundem Essen versorgen kann, sondern auch die Erst- bis Viertklässler in der Osterburger Grundschule sowie die Steppkes in den kommunalen Kitas. Und sonst nüscht? "Oh doch", versichert der Rathauschef. "Damit die medizinische Versorgung in Stadt und Land weiter gewährleistet werden kann, haben wir als erste in Sachsen-Anhalt zusammen mit der Kassenärztlichen Vereinigung ein Medizin-Stipendium für Studierende eingeführt, die im Gegenzug später dann als Ärzte bei uns arbeiten." Und mit Blick auf die Energiewende verweist Nico Schulz darauf, dass es bereits vier große Windparks in der Gemeinde gebe, 2300 Straßenlampen in den Dörfern auf LED umgerüstet worden seien und die Fernwärmeversorgung von bisher 1300 Wohnungen sowie 30 kommunalen Einrichtungen weiter ausgebaut werden soll.

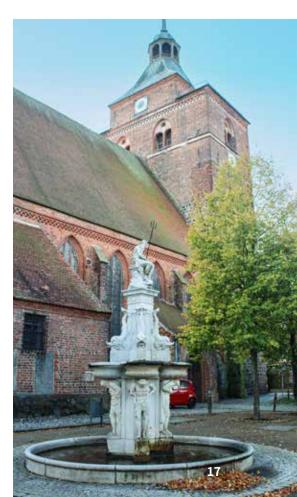
Für Osterburg, einst an einer mittelalterlichen Haupthandelsstraße von Magdeburg zu den Städten im Ost- und Nordseeraum gelegen und im 15. Jahrhundert für fast 50 Jahre ein Mitglied der Hanse, erhofft sich der heutige Bürgermeister neue wirtschaftliche Impulse von der künftigen Autobahnabfahrt der A 14. Geplant ist dort ein neues Gewerbegebiet, für das es bereits konkrete Investitionsabsichten gebe.

Osterburg, die "Burg im Osten", wurde 1157 erstmals urkundlich erwähnt. Zu Hanse-Hochzeiten lebten rund 1500 Einwohner in der von einer mittelalterlichen Stadtmauer und Wallanlagen umgebenen Siedlung, von denen jedoch nur Reste erhalten blieben. Von Osterburgs Blütezeit im 15. Jahrhundert kündet noch die damals zu einer dreischiffigen Hallenkirche umgebaute Nicolaikirche, die zusammen mit dem Rathaus und dem Ratskeller ein hübsches Ensemble in der liebevoll sanierten Altstadt bildet. Mit ländlichem Charme und einer mehr als 850-jährigen Geschichte biete die Kernstadt eine Menge Vergangenheit, lebe eine aktive Gegenwart und gestalte eine vielversprechende Zukunft, meinen viele Osterburger. Mit Stolz verweisen sie auf Traditionen, die überregional bekannt sind. So versteht sich die kleine Hansestadt als die Spargel-Stadt überhaupt, war es doch der Osterburger August Huchel, der 1929 die erste deutsche Spargel-Hochzucht-Gesellschaft gründete. Damals hatte der Spargelanbau eine große wirtschaftliche Bedeutung für die Stadt, in deren Umland auf rund tausend Morgen das Edelgemüse wuchs und dann in ortsansässigen Konservenfabriken verarbeitet wurde. Im Gedenken an diese Traditionen kürt Osterburg jährlich seine Spargelkönigin, feiert jeweils im Mai ein großes Stadt- und Spargelfest, das längst zum größten Frühlingsfest in der Altmark geworden ist.

Spargeldämme sieht man zwar kaum noch rund um die Hansestadt, doch ist dort im Sommer manchmal ein Hauch von Provence zu spüren – von den Lavendelfeldern von Aileen Maasdorf, die das duftende Kraut zu vielen außergewöhnlichen Kreationen wie Gelee, Ölen oder Sirup verarbeitet. Sogar Western-Romantik können Pferdeliebhaber in der Einheitsgemeinde erleben – in Gladigau auf der Four-Side-Ranch von Fa-

Der Neptunbrunnen vor Osterburgs Nicolaikirche gehörte einst zum nicht mehr existierenden Schloss im nahen Rönnebeck. milie Heitkötter, die einen Vierseitenhof sanierte. In einer der schönsten pferdefreundlichsten Regionen Europas, so schreibt sie auf ihrer Internetseite, in der Alten Mark, könne man fernab der Zivilisation auf gutausgebildeten American Quarter Horses wie einst ein Cowboy Freiheit und Abenteuer fühlen und genießen.

Erlebnisse anderer Art bietet in Gladigau der "Dörpsche Krug", in den alljährlich im Frühjahr das Dorftheater zu stets ausverkauften Stücken einlädt. Das dort gesprochene Oltmärksch Platt lockte auch schon Germanisten der Uni Magdeburg, die die alte Mundart Niederdeutsch in Sachsen-Anhalt erforschen, hierher. 2015 als Landessieger im Wettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft" geehrt, erhielt Gladigau ein Jahr später beim Bundeswettbewerb als eines von zehn Dörfern eine Goldmedaille. Die Juroren würdigten nicht nur das gepflegte Erscheinungsbild des Ortes, sondern vor allem das durch zahlreiche Vereine geprägte aktive Dorfleben.



>>> Das gibt es auch im nicht weit entfernten Ortsteil Meseberg. Engagierte Dorfbewohner retteten dort eine alte Bockwindmühle vor dem Verfall und bauten sie wieder auf. Das Mühlen-Engagement wurde vom Meseberger Mühlentheater begleitet, das ebenfalls alljährlich mit eigenen Theaterinszenierungen Gäste aus nah und fern begeistert.

Eine andere Sparte der Kultur machte Osterburg zur Literaturhauptstadt der Altmark. Nachdem in der kleinen Hansestadt vor 25 Jahren die Landesliteraturtage erfolgreich abgehalten worden waren, treffen sich seither alljährlich im Herbst Lesende und Schreibende bei OLITA, den Osterburger Literaturtagen, einer Mischung aus Lesungen, Konzerten, Theateraufführungen und Schreibwerkstätten. Mehr als 200 Autoren und Künstler schrieben bisher mit an der OLITA-Erfolgsgeschichte der kleinen Stadt am Flüsschen Biese.

Der Mittellauf des nur rund hundert Kilometer langen dreinamigen Flusssystems Milde-Biese-Aland bietet in Osterburg eine besondere Attraktion: das Biesebad, eines der wenigen in Europa noch erhaltenen Flussbäder. An der Biese gibt es neben Spaß im kühlen Nass auch gastronomische Versorgung, einen Abenteuerspielplatz und Beach-Volleyballfelder. Vom Bootsverleih aus kann man auf dem Wasserweg bis ins sieben Kilometer entfernte Rossau paddeln oder rudern, wo es eine weitere Bootsstation gibt.

Wer mag, kann auf halber Strecke im Gartenträume-Park Krumke anlegen. Elf Hektar groß ist der zum Netzwerk "Gartenträume – Historische Parks in Sachsen-Anhalt" gehörende Landschaftspark in Osterburgs Ortsteil Krumke. Ein erster Lustgarten existierte dort bereits Ende des 16. Jahrhunderts. Spätere Besitzer errichteten eine Orangerie, ließen geschnittene Hecken, Alleen und Bosketts anlegen. Damals bereits vorhanden war eine Buchsbaumhecke, die inzwischen rund 400 Jahre alt ist. Sie verleiht dem Park etwas ganz Besonderes, denn Ex-



Im Gartenträume-Park Krumke beeindruckt auch das im neugotischen Stil nach englischen Vorbildern erbaute Schloss.

perten sind sich einig: Diese Hecke gehört zu den ältesten ihrer Art in Europa. Im 18. Jahrhundert wurden im Park nach englischen Vorbildern ein Schloss im neugotischen Stil errichtet und ein Landschaftspark mit geschwungenen Wegen und vielen seltenen Baumarten gestaltet. Nach dem Zweiten Weltkrieg war das Schloss Durchgangsheim für rückkehrende Kriegsgefangene, bevor es nacheinander als Erholungsheim, Reha-Schule für medizinisches Personal, zeitweilig auch als Alten- und zuletzt als Kinderheim genutzt wurde. Ab 1990 stand es leer, der Park schien schon vorher allmählich zu verfallen. Das Schloss ist heute in Privatbesitz, der wieder gepflegte Schlosspark ganzjährig für jedermann frei zugänglich. Das Kavaliershaus, in dem ein Café sein Domizil hat, das Steinkabinett, in dem die Stadt künftig eine saisonale Außenstelle des Standesamts unterbringen will, und die als Wohnung genutzte Orangerie zeugen noch immer von der früheren Pracht dieser Perle der Gartenkunst im Norden Sachsen-Anhalts, die vor rund zwanzig Jahren sogar zum Filmstar wurde – als romantische Kulisse für den Zweiteiler "Das Bernsteinamulett".

Nicht weit vom Krumker Park aus ist es zu dem in Krevese. Diese Ortschaft wurde 956 erstmals urkundlich erwähnt und ist damit nicht nur einer der am frühesten schriftlich bezeugten Orte im Landkreis Stendal, sondern der gesamten Altmark. Aus dem später gestifteten Kloster Krevese entstand ein Rittergut, auf dem Mitglieder der Familie von Bismarck ein repräsentatives Herrenhaus errichten ließen. Der barocke verputzte Backsteinbau mit Walmdach und Freitreppe nach beiden Seiten wurde zu DDR-Zeiten als Schule genutzt und stand danach lange leer. Seit einigen Jahren wieder in Privatbesitz, wird das Gelände des Gutshofs sowie der Landschaftspark belebt und zu einem wichtigen Kultur- und Kreativort in der Region umgestaltet. Auf dem denkmalgeschützten Areal befinden sich neben dem Herrenhaus die Klosterkirche mit Klosterspeicher, das Kutschenhaus und die Ruine des ehemaligen Gutsverwalterhauses, in der die heutigen Besitzer Rainer Kranz und Ralf Engelkamp gemeinsam mit der gARTenakademie Sachsen-Anhalt und weiteren Verbündeten ein Open-Air-Dorfwohnzimmer etablieren.









oben von links nach rechts: Rund 180 Meter hoch ragt der Fernsehturm bei Dequede in den Himmel.

Feldsteinkirchen wie die in Flessau sind typisch für die gesamte Altmark.

So weit das Auge reicht: flaches Land in der altmärkischen Wische.

In einem denkmalgeschützten Fachwerkhaus aus dem 18. Jahrhundert hat das Kreismuseum Osterburg in Trägerschaft des Landkreises Stendal sein Domizil.

Unweit von Krevese ragt ein hoher Bau gen Himmel - der Fernsehturm Dequede. 1956 bis 1959 als weltweit zweiter Fernsehturm überhaupt und in der damals neuentwickelten Spannbetontechnik errichtet, versorgte er weite Teile der DDR mit dem Fernsehprogramm und wird heute noch von der Deutschen Telekom genutzt. Das Dorf Dequede selbst ist mit nur wenig mehr als 50 Einwohnern einer der kleinsten Orte. Teile seiner Gemarkung gehören wie die des Nachbarorts Polkern zum Landschaftsschutzgebiet "Ostrand der Arendseer Hochfläche". Mit immerhin 73 Metern über NN ist Polkern das am höchsten gelegene Dorf der Einheitsgemeinde Osterburg. Dort wird der Höhenunterschied zwischen dem von leichten Böden geprägten hügeligen Gebiet der "Höhe" und dem Niederungsgebiet der Wische im Urstromtal der Elbe recht deutlich sichtbar.

Und weiter "nüscht"? Doch, jede Menge, versichert Bürgermeister Nico Schulz und verweist auf die vielen Sport- und Freizeitmöglichkeiten in der Einheitsgemeinde, in der es immerhin zehn Fußballplätze, zwei Reitsportzentren und die beiden Bootsverleihe gibt. Alle Sporthallen und Plätze können die zahlreichen Vereine in und um Osterburg gratis nutzen, in der Landessportschule am Stadtrand Wasserratten auch in der kalten Jahreszeit baden und schwimmen. Die in Erinnerung an frühere sportliche Events vor einigen Jahren wiederbelebte Kleine Friedensfahrt bei

einem Radrennen im Stadtzentrum soll nach coronabedingter Auszeit möglichst bald erneut starten. Und überhaupt: "In unseren Dörfern und in der Stadt kann man das ganze Jahr über zu den unterschiedlichsten Kulturveranstaltungen gehen", berichtet Nico Schulz, und meint nicht nur große Veranstaltungen wie den Osterburger Karneval, sondern auch die vielen kleinen Dorffeste, Konzerte oder Weihnachtsmärkte im Kulturkalender der Einheitsgemeinde. Besondere Kunst zum Anfassen und Bestaunen gibt es zudem in Klein Ballerstedt im Skulpturengarten von Matthias Faul, einem öffentlich zugänglichen Gelände gegenüber der Kirche des kleinen Ortes.

Gudrun Oelze

Geschichtsvermittlung in den sozialen Medien

oziale Medien werden auch zur Vermittlung von Geschichte immer populärer. Das in der letzten Zeit wohl meistdiskutierte Beispiel dafür ist der Instagram-Kanal "@ ichbinsophiescholl". Im gemeinsamen Projekt von SWR und BR wurde versucht, das Leben von Sophie Scholl, der bekannten Widerstandskämpferin gegen den NS-Staat, ins Hier und Heute zu holen und in einer völlig neuen Art zu inszenieren. Ziel des Projekts war es, durch den Instagram-Kanal neue Zielgruppen, vor allem junge Menschen, für das Leben von Sophie Scholl zu interessieren. Der Ansatz, Geschichte in nachempfundener Echtzeit zu erzählen, führte zu großer Aufmerksamkeit und medialer Reichweite. Im Projektverlauf wurden jedoch auch kritische Stimmen laut. Im vorliegenden Buch wird das Projekt eingehend analysiert, sodass man sich beim Lesen ein eigenes Urteil über die außergewöhnliche Art der Geschichtsvermittlung bilden kann.

Mia Berg, Christian Kuchler (Hrsg.): @ichbinsophiescholl: Darstellung und Diskussion von Geschichte in Social Media. Göttingen: Wallstein, 2023.





Erst der Hochflug, dann der Absturz

iese fesselnde Politikreportage wirft einen faszinierenden Blick auf die "Maschinerie" der modernen parlamentarischen Demokratie und ihre parteipolitischen Machtkämpfe und Verwerfungen. Der Journalist Markus Feldenkirchen bekam die seltene Chance, den Hoffnungsträger und Kanzlerkandidaten der SPD im Bundestagswahlkampf 2017 zu begleiten. Entstanden ist sowohl ein sehr persönliches Porträt des "Anti-Machtpolitikers" Martin Schulz als auch ein gnadenlos offener Blick hinter die Kulissen des Politikbetriebs, der den Preis der Erringung politischer Macht deutlich werden lässt. Der Zufall wollte es darüber hinaus, dass am Beispiel dieses Politikers der abrupte Wandel vom allseits beliebten "Retter" zum politischen "Buhmann" so drastisch erlebbar wird, dass Leserinnen und Leser geradezu Mitleid mit dem Protagonisten empfinden. Die entscheidenden Fragen bleiben jedoch prinzipieller Art: Was erwarten die Wählerinnen und Wähler von ihren Kandidaten in menschlicher und fachlicher Hinsicht, und sind die gegenwärtigen Rahmenbedingungen der parteipolitisch dominierten parlamentarischen Demokratie alternativlos?

Markus Feldenkichen: Die Schulz-Story: Ein Jahr zwischen Höhenflug und Absturz. München: DVA, 5. Auflage, 2018.

DIE LANDTAGSBIBLIOTHEK

... ist eine wissenschaftliche Spezialbibliothek, die auch für Bürgerinnen und Bürger nutzbar ist. Die Sammelschwerpunkte umfassen die Bereiche Recht, Politik, Parlamentarismus, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde. Neben dem umfangreichen Literatur- und Zeitschriftenbestand stehen komfortable Arbeitsmöglichkeiten im Lesesaal zur Verfügung.

Öffnungszeiten (nicht an Feiertagen) Mo.–Do., 8–16.30 Uhr, Fr. 8–15 Uhr Kontakt

Telefon: 0391 560-1135

E-Mail: bibliothek@lt.sachsen-anhalt.de

In der NS-Zeit verfolgt: Ergebnisse eines Forschungsprojekts

ie vorliegende Dokumentation umfasst 45 biografische Porträts ehemaliger Abgeordneter des saarländischen Landtags, die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung waren. Eine Besonderheit liegt in der besonderen Stellung des Saargebiets nach dem Ersten Weltkrieg: es wurde staatsrechtlich aus der Weimarer Republik ausgegliedert und unterlag als Sonderstatus dem Mandat des damaligen Völkerbunds. Insofern gab es keine Vorgängerparlamente des 1947 erstmals frei gewählten Nachkriegslandtags. Das Saargebiet war vielmehr in den Jahren 1933 bis 1935 Zufluchtsort für NS-Verfolgte aus dem damaligen Reichsgebiet. Das vorliegende Ergebnis eines dreijährigen vom Landtag geförderten Forschungsprojekts fügt sich in die Bemühungen anderer Bundesländer und ihrer Parlamente ein, verfolgter ehemaliger Abgeordneter zu gedenken und diese dem Vergessen zu entreißen. Interessant ist, dass die saarländische Nachkriegspolitik in hohem Maße von NS-verfolgten Politikern bestimmt wurde; rund die Hälfte der Abgeordneten, die bis 1955 ein Mandat ausübten, hatten Repressionsmaßnahmen der nationalsozialistischen Diktatur unterlegen.

Michael Rahmfeld

Maik Tändler (Hrsg.): In der NS-Zeit verfolgte Abgeordnete des saarländischen Landtags. Ein Handbuch. Göttingen: Wallstein, 2023.





Darstellung der Stasi in Film und Fernsehen

eit der oscarprämierten Darstellung der Staatssicherheit, kurz Stasi, im Film "Das Leben der Anderen" von 2006 hat die Beschreibung des ostdeutschen Geheimdienstes in Film und Fernsehen Hochkonjunktur. Allgemein genießt die Stasi in der filmischen Auseinandersetzung eine ungebrochen hohe Aufmerksamkeit. Der Herausgeber des vorliegenden Buchs geht davon aus, dass dieses Interesse auch in Zukunft bestehen bleiben wird. In den Filmen wird das alltägliche Leben in der DDR jedoch häufig auf eine allgegenwärtige Präsenz der Stasi verkürzt. In den insgesamt 17 Beiträgen des Buchs werden Fragen zur medialen Inszenierung der Stasi beantwortet. So wird unter anderem geklärt, welche narrativen Schwerpunkte die Filme transportieren, wie sich das auf die Darstellung der DDR-Geschichte auswirkt, welche Themen dabei ausgespart werden bzw. mit welchen visuellen Mitteln die Stasi in Szene gesetzt wird. Der vorliegende Band spannt dabei einen weiten Bogen von den frühen 1950er Jahren bis in die jüngste Vergangenheit.

Andreas Kötzing (Hrsg.): Bilder der Allmacht: Die Staatssicherheit in Film und Fernsehen. Göttingen: Wallstein, 2018.

Verdienste für Reha und Inklusion

Ein paar Jahre hat eine gute Tradition des Landtags pausieren müssen, nun hat Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger sie wieder zurückgeholt: die Ehrung von Sportvereinen unter dem Dach des Behinderten- und Rehabilitations-Sportverbands.

auptanliegen des Behinderten- und Rehabilitations-Sportverbands Sachsen-Anhalt e.V. (BSSA) und seiner ihm angegliederten Vereine ist es, behinderten, chronisch kranken, leistungsgeminderten und älteren Menschen Möglichkeiten einer regelmäßigen sportlichen Betätigung mit medizinischer Überwachung im Rahmen eines vor Ort befindlichen Sportvereins zu bieten. Sport im Sinne von Bewegung und Spiel kann helfen, mit einer Behinderung bzw. Erkrankung besser umzugehen, sie akzeptieren zu lernen und somit das psychosoziale Wohlbefinden zu verbessern. Drei Vereine hat

Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger im Oktober 2023 geehrt. Verbunden mit der Auszeichnung war auch je ein Scheck über 500 Euro, der für die Arbeit des Vereins eingesetzt werden soll.

Der Kneipp-Verein Magdeburg e. V. verzeichnet derzeit 457 Mitglieder und ist dieser Tage seit 19 Jahren Mitglied im BSSA. Er bietet unter anderem Rehabilitationssport, Bewegung mit Musik, Fitness, Nordic Walking und Wassergymnastik an. In ihm werden 42 zertifizierte Rehabilitationssportgruppen betreut, davon 35 im Bereich Orthopädie und sieben im Bereich Innere Medizin. Er zeichnete für die Ausrichtung der "31. Landessportspiele des BSSA – gemeinsam aktiv" im Jahr 2022 verantwortlich. Durch die Corona-Pandemie fand die Veranstaltung nach zwei Jahren Vorbereitung ohne Durchführung erst im dritten Jahr statt. Der Landtagspräsident dankte für das Durchhaltevermögen des Ausrichtervereins Kneipp-Verein Magdeburg in Kooperation mit dem Stadtsportbund Magdeburg.

Der Behinderten-, Rehabilitations- und Seniorensportverein Stendal e.V. ist mit seinen 715 Mitgliedern seit Mai 1998 Mitgliedschaft im BSSA. Neben Rehabilitationssport werden beispielsweise auch Kegeln, Schwimmen und Tanzen ange-



Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger (r.) und die Mitglieder des BSSA nach der erfolgreichen Ehrung im Landtag von Sachsen-Anhalt.

boten. Insgesamt werden 37 zertifizierte Rehabilitationssportgruppen betreut, davon 33 im Bereich Orthopädie, drei im Bereich Innere Medizin und eine im Bereich Neurologie. Dabei kommen 22 Übungsleiterinnen und Übungsleiter mit gültigen DOSB-B-Lizenzen zum Einsatz. Der Verein war Ausrichter der "32. Landessportspiele des BSSA – gemeinsam aktiv" im September 2023.

Zu Ehren durch den Landtagspräsidenten kam in diesem Jahr zudem der Tischtennisverein Bernburg 08 e.V., der mit 51 Mitgliedern am Start ist. Er ist von den Geehrten das jüngste Mitglied im BSSA (seit Februar 2019) und wurde darüber hinaus überhaupt zum ersten Mal für eine Ehrung durch den Landtagspräsidenten vorgeschlagen. Er bietet Tischtennis als inklusives Angebot an.

Der Behinderten- und Rehabilitations-Sportverband Sachsen-Anhalt e. V. ist der Zusammenschluss aller Behinderten- und Rehabilitationssportvereine sowie integrativer Gruppen. Der BSSA, der als Dachverband fungiert, vertritt die Interessen aller Mitgliedsvereine gegenüber Parlament, Regierung, Medien, Kostenträgern der Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung, Förderern und Sponsoren sowie weiteren Partnern.

"MENSCHEN UND KRIEG"

17. JANUAR BIS 20. FEBRUAR 2024

ombardierte Häuser, hungernde Kinder, verzweifelte Menschen auf der Flucht – diese Bilder bestimmen die Nachrichten seit Monaten wieder mehr denn je. Die gewaltsamen Konflikte auf der Welt haben zugenommen und nachhaltige Lösungen sind nicht in Sicht. Jemand, der Krieg bereits hautnah erlebt hat, ist der Kriegsreporter und Fotograf Knut Mueller aus Halle (Saale). Zu Beginn des neuen Jahres 2024 zeigt der Landtag von Sachsen-Anhalt gleich zwei Ausstellungsprojekte des heute 71-Jährigen.

Unter dem Titel "Menschen und Krieg" werden 20 großformatige Fotografien von Kriegsschauplätzen der letzten Jahrzehnte präsentiert. Zu sehen sind Menschen, die versuchen, trotz des Chaos und der Zerstörung um sie herum, den Alltag zu bewältigen und schlicht zu überleben. Knut Mueller war mit seiner Fotokamera unter anderem während der Balkankriege von 1991 bis 2001 in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und im Kosovo vor Ort. Während des letzten Afghanistankonflikts vor der Machtübernahme durch die Taliban fotografierte er am Hindukusch und in den Stammesgebieten Pakistans.



Vertriebene Roma auf der Flucht aus Mitrovica während des Kosovo-Kriegs.

"AUSCHWITZ – **GEDENKEN UND LERNEN"**

17. JANUAR BIS 20. FEBRUAR 2024







ie zweite Ausstellung von Knut Mueller beschäftigt sich mit der Frage, wie wir heute mit der Erinnerung an den Holocaust umgehen und welchen Zugang insbesondere die jüngere Generation zu den unfassbaren Taten der Nationalsozialisten findet und welche Emotionen das bei ihnen auslöst. Die Ausstellung "Auschwitz – Gedenken und Lernen" präsentiert daher Foto- und Textcollagen von Gedenkstättenfahrten zu den NS-Vernichtungslagern Auschwitz-Birkenau und Treblinka in Polen. Als künstlerischer Fachberater hat Knut Mueller zusammen mit dem Pädagogen Uwe Maul diese Fahrten über viele Jahre begleitet. Gezeigt werden großformatige Collagen von Schülerinnen und Schülern, die mit Collagen des Fotoreporters Knut Mueller ergänzt werden.







Zwei der Collagen, die in der Ausstellung "Auschwitz -Gedenken und Lernen" gezeigt werden.

Beide Ausstellungen werden vom 17. Januar bis 20. Februar 2024 in Kooperation mit dem Verein Kunstplattform e. V. Sachsen-Anhalt im Landtag gezeigt. Es wird empfohlen, sich über die Internetseite des Landtags aktuell zu informieren. Sollten Sie Fragen zu einer der Ausstellungen haben oder daran interessiert sein, Ihre eigene Ausstellung im Landtag zu präsentieren, dann steht Ihnen für weitere Auskünfte Matthias Unfried (Tel. 0391 560-1258) als Ansprechpartner zur Verfügung.

